



## Aus der Fraktion

### ***Schick/Brems/Schäffer: „Gemeinsam viel erreicht, gemeinsam noch mehr vor“***

Am heutigen Freitag vor genau zweieinhalb Jahren, am 15. Mai 2022, haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag gewählt. Zum ersten Mal übernimmt seitdem Schwarz-Grün gemeinsam Regierungsverantwortung für Nordrhein-Westfalen. Anlässlich der Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode erklären die Fraktionsvorsitzenden von CDU, **Thorsten Schick**, und Grünen, **Wibke Brems** und **Verena Schäffer**:

„Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen funktioniert. Wir arbeiten konstruktiv, vertrauensvoll und auf Augenhöhe zusammen, um die Zukunft Nordrhein-Westfalens zu gestalten. Unser Ziel sind dabei immer die besten Lösungen für die Menschen in unserem Land. Wir haben gemeinsam schon viel erreicht und wir haben gemeinsam noch viel mehr vor.

Unsere Kinder und Jugendlichen stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Wir investieren daher Rekordsummen in unsere Kitas und Schulen. Kein Bundesland hat einen so hohen Anteil an Bildungsausgaben im Haushalt. Der Bildungsetat war noch nie so stark wie in diesem Jahr: fast 42 Milliarden Euro. Wir haben bislang 7100 zusätzliche Kräfte an unsere Schulen gebracht und geben für Bildung, Erziehung und Betreuung unserer Kleinsten 60 Prozent mehr aus als noch vor fünf Jahren. Die Einstiegsbesoldung für unsere Lehrerinnen und Lehrer heben wir schrittweise auf die Tarifstufe A13 an und machen damit den Beruf für dringend benötigte Lehrkräfte attraktiver. Für die Betreuung unsere Kleinsten in den Kitas investieren wir die Rekordsumme von mehr als 5 Milliarden Euro im aktuellen Jahr, legen kommendes Jahr noch rund 500 Millionen Euro zusätzlich drauf.

Ein weiterer Schwerpunkt neben der Bildung ist die Innere Sicherheit. 3000 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr sorgen für ein Mehr an Sicherheit. Zudem bekommt Nordrhein-Westfalen eine oder einen Unabhängigen Polizeibeauftragten. Nach dem islamistischen Terroranschlag in Solingen hat die Landesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Wir investieren in unsere Infrastruktur und die klimaneutrale Transformation unserer Wirtschaft, entlasten sie von Bürokratie und treiben den Ausbau Erneuerbarer Energien erfolgreich voran. Mit der Fachkräfteoffensive, aber auch der Stärkung unserer Hochschulen, för-



dern wir die wichtigste Ressource unseres Bundeslandes: seine Menschen, ihr Wissen und ihr Können. Das Wohnraumförderprogramm haben wir auf eine Rekordsumme aufgestockt und helfen damit, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

Seit dem Start unserer Koalition ist die Welt keine einfachere geworden. Die Finanzlage hat sich enorm zugespitzt. Wir nehmen die Herausforderung an und stellen uns der Verantwortung. Denn wir sind mit unserer Vision für ein Nordrhein-Westfalen der Zukunft noch nicht fertig.“

### *Fabian Schruppf (CDU) und Laura Postma (Grüne) zum PUA V* **Opposition missbraucht Solingen-Ausschuss schon an Tag 1 als parteipolitische Bühne**

Drei Monate nach dem Terroranschlag in Solingen hat sich am Donnerstagabend der Parlamentarische Untersuchungsausschuss V zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengefunden. Bereits am Abend der Einsetzung haben SPD und FDP den Weg des Konsenses zwischen den vier Fraktionen, die den Ausschuss gemeinsam beantragt hatten, verlassen und die Arbeit mit rechtswidrigen Anträgen zu torpedieren versucht. Dazu erklären die Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen im PUA V, **Fabian Schruppf** (CDU) und **Laura Postma** (Grüne):

„Dieser Ausschuss darf nicht zum Schauplatz für parteipolitische Spiele der Opposition verkommen. Nur eine sachliche, ehrliche und ergebnisorientierte Auseinandersetzung wird dem Auftrag gerecht. Weiter davon entfernt war wohl selten ein Untersuchungsausschuss am Tag seiner Konstituierung - zumindest nicht, wenn er gemeinsam eingesetzt worden ist. SPD und FDP haben heute rechtswidrige Beweisangebote gestellt, die in verfassungsrechtlich garantierte Abgeordnetenrechte eingegriffen hätten, am Auftrag des Ausschusses vorbeigehen und von der Landesregierung erwartbar nicht zu erfüllen gewesen wären. Wir haben diese Anträge abgelehnt und stattdessen rechtmäßige Anträge vorgelegt, damit der Ausschuss schnell arbeitsfähig wird. Die SPD hingegen hat heute bereits die Maske fallen lassen und gezeigt, dass sie offenbar zu keinem Zeitpunkt ein ehrliches Interesse an gemeinsamer Aufklärung hatte, sondern die Beratungen im Parlament bei der allerersten Gelegenheit hat eskalieren lassen.“



## *Thorsten Schick (CDU) und Verena Schäffer (GRÜNE)* **Nordrhein-Westfalen bleibt ein soziales Land**

Am Mittwoch hat die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zu einer Kundgebung aufgerufen, um auf die Bedeutung der sozialen Infrastruktur aufmerksam zu machen. Die Fraktionen von CDU und Grünen stehen dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen ein soziales Land bleibt. Dazu die Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schick (CDU) und Verena Schäffer (Bündnis90/GRÜNE):

**Thorsten Schick (CDU):** „Wir haben Kinder und Bildung in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt. Auch verlässliche Betreuung steht bei uns ganz oben auf der Agenda. Angesichts der schwierigen Haushaltslage haben die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen für 2025 klare Prioritäten gesetzt: Kinder und Jugendliche sowie das Thema Schule stehen für uns im Vordergrund. Kein Land investiert mehr in Bildung als Nordrhein-Westfalen. Deswegen geben wir auch in Zeiten knapper Kassen so viel für Bildung aus wie nie zuvor: knapp 42 Milliarden Euro sind es im Jahr 2025. Die angespannte Haushaltslage hat zur Folge, dass auch die Freie Wohlfahrt als wichtiger Partner im Sozialbereich von Einsparungen betroffen ist. Nordrhein-Westfalen musste zudem Kürzungen des Bundes abfedern. Es ist absolut unverständlich, dass der Bund seine Kita-Investitionsförderung gestrichen hat. Das Land ist eingesprungen und hat so einen Förderstopp verhindert, zum Beispiel bei den Sprach-Kitas. Das Land unterstützt Kitas, Kommunen, Träger und Eltern, wann und wo es nur geht. Das ist ein finanzieller Kraftakt. Und er ist gut angelegt. In vielen Bereichen investieren wir sogar mehr Geld: Bei Kitas beispielsweise gibt es Steigerungen wie in keinem anderen Bereich. Hat das Land 2010 1,25 Milliarden in diesen Bereich investiert, sind es jetzt 5 Milliarden Euro. Pro Jahr! Für das kommende Jahr gibt es noch einmal 500 Millionen mehr.“

**Verena Schäffer (GRÜNE):** „Rund 6,5 Milliarden Euro stehen im aktuellen Haushaltsentwurf für den Bereich Kinder und Jugend zur Verfügung – so viel Geld wie noch nie. Damit investieren wir in die Zukunft unserer Kinder. Außerdem stellen wir mehr als 880 Millionen Euro für den Ausbau der OGS zur Verfügung. Damit können im nächsten Jahr 50.000 neue Plätze an den Start gehen. Gleichzeitig gehen wir mit dem Fachkräftemangel ein Problem an, das die Kitas enorm belastet, und sorgen dafür, dass wir in den nächsten Jahren mehr Menschen ins System bekommen. Dafür erkennen wir ausländische Berufsabschlüsse schneller an, erleichtern den Quereinstieg und finanzieren die Alltagshelferinnen und -helfer weiter. Ich bin froh, dass es uns in der Koalition gelungen ist, einen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche zu setzen und sie von Kürzungen auszunehmen. Fakt ist aber auch, dass die Haushaltssituation in diesem Jahr sehr angespannt ist und wir in allen Bereichen zum Sparen gezwungen sind. Wir nehmen in den Gesprächen, die wir mit den Menschen



aus Beratungsstellen und Unterstützungsangeboten führen, die Sorgen und Herausforderungen sehr ernst, die anstehende Kürzungen auslösen. Es ist gut und richtig, dass am Mittwoch für einen starken sozialen Bereich demonstriert wurde. Denn ein funktionierender Sozialstaat ist eine wichtige Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dafür werden wir uns als Regierungskoalition auch in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte weiter einsetzen.“

## **Heinisch/Zingsheim-Zobel: Wir machen seriöse Bildungspolitik**

Am Donnerstag hat der Landtag über die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage zur Zufriedenheit von Schulleitungen, die der Verband für Erziehung Bildung (VBE) in der vergangenen Woche vorgestellt hat, debattiert. Für die Untersuchung waren rund 1.300 Schulleitungen deutschlandweit zu Schulalltag, Arbeitszufriedenheit und Belastungsfaktoren befragt worden, darunter mehr als 250 in Nordrhein-Westfalen. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion **Jan Heinisch** und die schulpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion **Lena Zingsheim-Zobel**:

**Jan Heinisch (CDU):** „Die SPD macht sich mit dem Antrag zur Aktuellen Stunde ihr sehr eigenes Bild von der Realität. Es verrät viel über die SPD und nur bedingt etwas über die Realität. Aus einer umfangreichen Forsa-Erhebung hat sich die SPD nur die Zahlen herausgepickt, die in ihr Realitätsbild passen. Alle anderen werden unterschlagen. So kann man keine seriöse Bildungspolitik machen! 69 Prozent der Befragten sagten zum Beispiel, dass sie ihre beruflichen Aufgaben in Nordrhein-Westfalen immer oder häufig zu ihrer eigenen Zufriedenheit ausüben können. 83 Prozent der Befragten üben ihren Beruf sehr gern oder eher gern aus. Die Umfrage stellt zum Beispiel auch heraus, dass an 92 Prozent der nordrhein-westfälischen Schulen Laptops, Tablet-PCs usw. Einzug gehalten haben. Das wird bei der SPD bewusst verschwiegen, denn diese Zahlen passen nicht in das selbst gebastelte Bild von der angeblichen Bildungskatastrophe, in der alles maximal und apokalyptisch ist. Und das stimmt eben nicht. Wir von der Zukunftscoalition empfinden die Forsa-Umfrage und die Sichtweise der Schulleitungen als hilfreich für unsere politische Arbeit, in einem konstruktiven Sinne. Wir behaupten nicht, dass alle Probleme gelöst sind, sondern wir arbeiten daran. Und hier zeigt der Vergleich der Perspektiven von Schulleitungen und der Zukunftscoalition und der Regierung: Wir setzen genau die richtigen Schwerpunkte. Die Probleme, die die Schulleitungen in der Befragung als die größten ansehen, sind genau auch diejenigen, die wir im Fokus haben, allen voran die Behebung des Lehrkräftemangels.“

**Lena Zingsheim-Zobel (Grüne):** „Mit den Schulleitungen in NRW teilen wir die Vision von gutem Schulklima, hoher Unterrichtsqualität und einem rundum funktionie-



renden Alltag. Gleichzeitig sehen wir uns wachsenden und multiplen Herausforderungen gegenübergestellt. Wir wissen um die zentrale Bedeutung der Arbeit der Schulleitungen für den Erfolg des gesamten Bildungssystems und schätzen diesen Einsatz sehr. Es verdient höchsten Respekt und Anerkennung, dass unsere Schulleiterinnen und Schulleiter bereit sind, diesen anspruchsvollen Weg gemeinsam zu gehen. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dieser nicht zu ersetzenden Ressource überall wo möglich durch Maßnahmen zur Entlastung und zur Steigerung der Arbeitszufriedenheit entgegenzukommen. So gehen wir beispielsweise die Fortbildungen im Land an. Wir werden im kommenden 17. Schulrechtsänderungsgesetz die Schulleitungen stärken und sie viel enger in benötigte und zielgerichtete Fortbildungen für ihre Kollegien einbinden. Und wir treiben auch die Innovationskraft voran. Mit dem Chancenbudget des Startchancenprogramms werden zusätzlich rund 23,9 Millionen Euro für Maßnahmen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung bereitgestellt. Diese Mittel können Schulleitungen nutzen, um ihre innovativen Ideen umzusetzen.“

*Christos Katzidis (CDU) und Julia Höller (Grüne) zur digitalen Kriminalitätsbekämpfung*

### **Wir bringen die Kriminalpolizei auf den neuesten Stand der Technik**

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine starke Polizei. Cyberkriminelle gehen aber immer neue Wege – unsere Polizisten müssen da Schritt halten können. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und Grünen einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht, der vom Parlament am Donnerstag beschlossen wurde.

Dazu erklären die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Christos Katzidis** und **Julia Höller**:

**Christos Katzidis:** „In den vergangenen Jahren haben wir die nordrhein-westfälische Kriminalpolizei personell und technisch bereits besser aufgestellt. Der digitale Raum entwickelt sich jedoch schnell weiter. Unsere Null-Toleranz-Politik gilt nicht nur auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in der virtuellen Welt. Deshalb müssen wir unsere Kriminalpolizei auch für diesen Bereich weiter stärken. Wir bieten unseren Ermittlern künftig mehr Möglichkeiten, ihre digitalen Kompetenzen zu stärken. Die digitalen Interventionsteams müssen voll besetzt sein und es muss uns besser gelingen, hochqualifizierte Fachkräfte für die Polizei zu gewinnen. Auch die technischen Möglichkeiten wollen wir weiter verbessern und Projekte fördern wie beispielsweise Speech-to-Text, also Spracherkennung, automatische Objekterkennung und die Auswertung großer Datenmengen. Außerdem wollen wir prüfen lassen, ob die Entwicklung neuer kriminalfachlicher Apps möglich ist.“



Wichtig sind uns zudem Forschungsprojekte, die Nordrhein-Westfalen bei der digitalen Entwicklung helfen im engen Austausch mit den Hochschulen und Universitäten sowie internationalen Partnern.“

**Julia Höller:** „Wir machen es den Kriminellen im Internet schwer. Angesichts der rasant zunehmenden Bedrohung durch Cyberkriminalität und Online-Delikte bringen wir die Kriminalpolizei auf den neuesten Stand der Technik. Künstliche Intelligenz kann die Arbeit der Ermittlerinnen und Ermittler enorm erleichtern, indem zum Beispiel verfassungsfeindliche Symbole erkannt oder Sprachaufnahmen in Text umgewandelt werden können. Wir ermöglichen, dass die Polizei auch in den dunklen Ecken des Internets ermitteln kann. Natürlich achten wir dabei auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz und digitalen Tools und sorgen für die Einhaltung ethischer und datenschutzrechtlicher Standards.“

*Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP*

### **„Olympia in Deutschland ist mehr als eine sportliche Großveranstaltung“**

Die Olympischen und Paralympischen Spiele nach Deutschland zu holen, ist eine einzigartige Chance für unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger. Deswegen setzen die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP mit einem gemeinsamen Antrag das Signal, dass sich unser Land als Gastgeber eines der bedeutendsten Sportereignisse der Welt positionieren will – ein Ereignis, das nicht nur den Leistungssport, sondern auch Kultur, Bildung und die gesellschaftliche Teilhabe fördert.

Dazu erklären die sportpolitischen Sprecher der Fraktionen, **Jens-Peter Nettekoven** (CDU), **Tülay Durdu** (SPD), **Marc Zimmermann** (Grüne) und **Christof Rasche** (FDP):

„Für die Menschen in unserem Land würden Olympische und Paralympische Spiele viele Möglichkeiten bieten: zum Beispiel durch eine bessere Sportstätten-Infrastruktur, durch die Förderung des Breiten- und Schulsports oder den Ausbau von Mobilitätsangeboten. Die Spiele – das haben wir zuletzt in Paris gesehen – können eine Begeisterung und einen Zusammenhalt auslösen, die sich positiv auf die soziale und kulturelle Teilhabe in unserem Land auswirken und das positive Bild Deutschlands als weltoffenen und lebenswerten Standort stärken können.

Unser Land hat durch seine Olympiastützpunkte und die Bundesstützpunkte im Sport bereits eine sehr gute Grundlage für die Ausrichtung. Die Potenziale sind da – jetzt gilt



es, die Gesellschaft mitzunehmen und die Begeisterung für die Olympia-Idee weiterzutragen. Ein solches Vorhaben muss auf Transparenz, Nachhaltigkeit und breite Unterstützung der Gesellschaft bauen. Nur so können wir die Spiele als Fest des Sports und der Völkerverständigung gestalten und Menschen aus der ganzen Welt hier in Nordrhein-Westfalen im Sinne des Olympischen Gedankens mit Toleranz, Respekt und gegenseitigem Verständnis begrüßen.

Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland bedeuten viel mehr als eine sportliche Großveranstaltung. Sie sind ein Motor für nachhaltige Entwicklung in Sport, Wirtschaft und Infrastruktur. Und sie bieten die Gelegenheit, weitreichende Verbesserungen in der Verkehrsanbindung und der digitalen Infrastruktur umzusetzen. Mit Blick auf die UN-Nachhaltigkeitsziele könnte eine Olympia-Bewerbung wichtige Impulse für eine grüne und zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden geben.“

## Aus der Landesregierung

# Landtag verabschiedet Nachtragshaushalt 2024

### **Das Ministerium der Finanzen teilt mit:**

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am Mittwoch, 13. November 2024, den Nachtrag zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 beschlossen. Der Etat 2024 hat dadurch ein Volumen von 102,8 Milliarden Euro. Die Anpassungen sind erforderlich, damit Nordrhein-Westfalen trotz der auch im laufenden Jahr unterplanmäßigen Entwicklung der Steuereinnahmen und einer herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Lage handlungsfähig bleibt. Berücksichtigt wird neben zwangsläufigen Änderungen auch die Einbringung der ersten Tranche des Sicherheitspaketes in Folge des Anschlags von Solingen. Die im Grundgesetz verankerte Konjunkturkomponente wird zur Deckung der zwangsläufigen Haushaltsmehrbelastungen genutzt.

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk: „Der Anpassungsbedarf des Haushalts resultiert aus den wirtschaftlichen Veränderungen, insbesondere der nach unten korrigierten Wachstumsprognose der Bundesregierung und der aktualisierten Steuerschätzung. Aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums in Deutschland bleiben die erwarteten Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr voraussichtlich in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro hinter den Planungen zurück. Die Landesregierung nutzt daher die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse, die in wirtschaftlich schwächeren Zeiten eine gezielte Kreditaufnahme erlaubt, um Projekte zu sichern und gleichzeitig antizyklisch zu handeln.“



Vor dem Hintergrund des Anschlags in Solingen wird im Bereich der Inneren Sicherheit bereits in diesem Jahr aufgestockt, um den gestiegenen Anforderungen an den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gerecht zu werden. Das nun im Nachtragshaushalt 2024 abgebildete Maßnahmenpaket der Landesregierung sieht unter anderem die Einrichtung von drei zusätzlichen Asylkammern bei den Verwaltungsgerichten, eine Erweiterung der Zuständigkeit der fünf Zentralen Ausländerbehörden zur stärkeren Unterstützung bei Abschiebungen und eine Stärkung der Terrorismusprävention durch Bekämpfung der Finanzkriminalität und der Terrorismusfinanzierung vor.

In Reaktion auf die anhaltend schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und entsprechend negativer Herbstprojektion der Bundesregierung im Rahmen der aktuellen Oktober-Steuerschätzung, sieht der Nachtragshaushalt 2024 die Nutzung der Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse vor. In welchem Umfang die Konjunkturkomponente und die damit möglichen Kreditermächtigungen am Jahresende tatsächlich in Anspruch genommen werden, wird sich im Lichte der weiteren Konjunkturentwicklung zeigen.

## **Nordrhein-Westfalen schafft finanzielle Grundlage für Sicherheit, Migration und Prävention**

### **Kabinett beschließt Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2025 / Haushaltsmäßige Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung**

#### **Die Staatskanzlei teilt mit:**

Zur Umsetzung des Sicherheitspakets der Landesregierung in den Bereichen Sicherheit, Migration und Prävention sieht die vom Kabinett beschlossene Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2025 Mittel in einem Volumen von 93,1 Millionen Euro vor. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 312.058.800 Euro. Ferner werden 176 neue Stellen in unterschiedlichen Bereichen eingerichtet. Darüber hinaus wurden bereits mit dem Entwurf des Nachtragshaushalts 2024 Mehrausgaben in Höhe von 2,3 Millionen Euro berücksichtigt sowie 52 neue Stellen eingerichtet.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Nach dem Anschlag in Solingen haben wir mit den 43 Maßnahmen unseres Sicherheits- und Migrationspakets ganz konkret den Worten Taten folgen lassen. Mit über 220 zusätzlichen Stellen und in Summe rund 400 Millionen Euro unter anderem für die Stärkung des Verfassungsschutzes, für die Planung



einer weiteren Abschiebehaftanstalt, für den Einsatz von virtuellen Ermittlern, Internetmonitoring, die Stärkung der zentralen Ausländerbehörden und viele andere Bereiche mehr – damit wird das größte Sicherheitspaket der Landesgeschichte jetzt Realität.“

Stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur: „Der Terroranschlag von Solingen hat eine neue Realität geschaffen, der wir mit neuen Antworten begegnen müssen. Das Maßnahmenpaket, das wir als Reaktion auf den 23. August 2024 beschlossen haben, gibt diese Antworten. Mit der Ergänzungsvorlage sichern wir sie jetzt auch finanziell ab. Unser Ziel als Landesregierung ist es, die Herausforderungen ganzheitlich in den Blick zu nehmen – sowohl präventiv als auch restriktiv.“

Die vom Kabinett beschlossenen Etatserhöhungen betreffen unter anderem folgende Maßnahmen:

- Einsatz von virtuellen Ermittlern in dem Vorhaben „Digitales Streifegehen“
- Einsatz Künstlicher Intelligenz insbesondere im Bereich des Internetmonitorings sowie zur Unterstützung kriminalpolizeilicher Auswertungen und Ermittlungen
- Finanzielle Absicherung der Planung einer weiteren Abschiebehaftanstalt
- Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur schnelleren Bewältigung der asylgerichtlichen Verfahren, namentlich Einrichtung von drei zusätzlichen Asylkammern
- Optimierung des Datenaustauschs zwischen den Behörden sowie insbesondere Einführung einer zentralen Übersicht der abzuschubenden Personen
- Personelle Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden zwecks Ausbau der Unterstützung von Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen
- Einführung eines einheitlichen IT-Fachverfahrens der Zentralen Ausländerbehörden
- Schulung von Mitarbeitenden und Präventionskoordinatoren für Landeseinrichtungen
- Förderung von Beratungsangeboten mit dem Ziel der Radikalisierungsprävention
- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der kommunalen Integrationsarbeit Integration



## **Zukunftsdialog Industrie schließt Beratungen über das weiterentwickelte Industriepolitische Leitbild ab**

**Ministerin Neubaur: Konstruktiv und vertrauensvoll arbeiten wir an den besten Bedingungen für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Nordrhein-Westfalen**

**Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:**

Wie der Industriestandort Nordrhein-Westfalen auch in politisch unsicheren und wirtschaftlich schwierigen Zeiten gestärkt und für die nachhaltige und digitale Transformation gewappnet werden kann, darüber haben sich die Partnerinnen und Partner des „Zukunftsdialogs Industrie“ ausgetauscht. Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur und 14 Spitzenvertreterinnen und -vertreter aus Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften haben damit ihre Beratungen zur Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbilds Nordrhein-Westfalen nach knapp zwei Jahren abgeschlossen. Das Leitbild legt einen Handlungsrahmen für die zukünftige Industriepolitik fest und beschreibt Ziele und Maßnahmen in den zentralen Zukunftsthemen Investitionen, Innovationen, zirkuläre Wertschöpfung, Klima und Energie, Flächenentwicklung und digitale Infrastruktur. Als wichtige Querschnittsthemen werden außerdem der Bürokratieabbau und die Fachkräftesicherung berücksichtigt.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Neubaur: „Mit der Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbildes legen wir in politisch wie wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen klaren Handlungsrahmen fest, um den Standort Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert aufzustellen. Wir haben konstruktiv und vertrauensvoll daran gearbeitet, die besten Bedingungen für die Industrie in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung, beschleunigte Verfahren und weniger Bürokratie sowie die Sicherung von Fachkräften.“

Ralf Stoffels, Präsident IHK NRW: „Unsere Unternehmen brauchen dringend ein echtes Aufbruchssignal, um wieder durchstarten zu können. Die schwierige Situation für den Industriestandort NRW haben wir heute im Zukunftsdialog Industrie zielführend beraten. Für unsere mittelständische Wirtschaft brauchen wir eine klare Ausrichtung auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – einen monatelangen Stillstand darf es nicht geben. Unsere Unternehmen wissen, dass der Wandel Härten mit sich bringt, sich aber immer auch Chancen bieten. Das, was sie vor allem jetzt brauchen, ist ein internationales und nationales Level-Playing Field mit zukunftsfähigen und wirtschaftsorientierten Rahmenbedingungen vor allem in der Energiepolitik etwa beim Netzausbau oder auch bei der Fachkräftegewinnung.“



Dr. Dirk Spenner, Vizepräsident unternehmer nrw: „Deutschland und Nordrhein-Westfalen stecken aktuell als Wirtschafts- und Industriestandorte in einer tiefen strukturellen Krise. Jetzt ist es entscheidend, dass die zentralen politischen Rahmenbedingungen zuallererst bei Energiekosten, Bürokratieabbau und Infrastruktur konsequent auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Wir begrüßen, dass das Wirtschaftsministerium mit der Weiterentwicklung des Industriepolitischen Leitbilds jetzt einen eigenen Beitrag zur Stärkung der NRW Industrie liefert. Nach der anstehenden Verabschiedung im Kabinett muss das neue Leitbild auch von der gesamten Landesregierung in konkrete Maßnahmen überführt und zügig umgesetzt werden. Mit ehrgeizigen industriepolitischen Zielen, verbindlichen Umsetzungsschritten und einem regelmäßigen Monitoring muss es gelingen, die Zukunftsfähigkeit des Standorts Nordrhein-Westfalen deutlich zu stärken und gemeinsam Wohlstand, Arbeitsplätze und letztlich auch den Sozialstaat zu sichern.“

Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW: „Unsere Industrie und die mit damit verbundenen Dienstleistungen sind von zentraler Bedeutung für ganze Wertschöpfungsketten, starke Regionen, das volkswirtschaftliche wie das private Einkommen und gute Arbeit in NRW. Gerade in der krisenbetroffenen und politisch dynamischen Zeit ist es wichtig, dass das Land und die Partner des Zukunftsdialogs ein klares Bekenntnis für einen starken Industriestandort NRW abgeben. Dazu bildet das Leitbild einen äußeren Rahmen. Es wird darauf ankommen, konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Industrie in der Transformation weiterzuverfolgen und in den Standort zu investieren. Einen inneren Gestaltungsrahmen bilden Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Tarifbindung, engagierte Betriebsräte und qualifizierte Belegschaften. Dies alles ist im Leitbild adressiert und gibt uns die Möglichkeit, auf global veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können.“

### **Über den Zukunftsdialog Industrie**

Der Zukunftsdialog Industrie wurde ins Leben gerufen, um die Herausforderungen und Chancen für die Industrie in Nordrhein-Westfalen zu identifizieren und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Er vereint Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und der Politik, die in einem vertrauensvollen Austausch an zukunftsweisenden Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige und innovative Industrie in NRW arbeiten.



## **Kabinett beschließt umfangreiches Paket zum Bürokratieabbau**

**Paket der Landesregierung bündelt Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Regeln und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Entlastung von Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern**

**Ministerpräsident Wüst: Umfangreichstes Paket zum Abbau von Bürokratie seit vielen Jahren**

**Ministerin Neubaur: Wir werden einfacher, schneller, und insgesamt unbürokratischer - Wichtiger Impuls für unseren Wirtschaftsstandort**

### **Die Landesregierung teilt mit:**

Um der in den letzten Jahren angestiegenen Komplexität staatlicher Planungs- und Genehmigungsverfahren zu begegnen, hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich in ihrer Kabinettsitzung am 12. November 2024 auf ein umfangreiches Entbürokratisierungs- und Beschleunigungspaket verständigt. Ziel ist es, die Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und auch den Bürgerinnen und Bürgern einen effektiveren und transparenteren Verwaltungsapparat zu bieten. Hauptziele des Pakets sind die Verschlinkung und Beschleunigung von Verfahren durch den Abbau bürokratischer Hürden. Bereits zuvor war die Landesregierung im Bund-Länder-Kreis treibende Kraft beim Abschluss des Pakets für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung mit der Bundesregierung.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Wir haben uns beim Bund hartnäckig für einen echten Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung stark gemacht. Bei der Umsetzung des Pakts gehen wir voran und haben bereits knapp 40 Prozent der vorgesehenen Landesmaßnahmen umgesetzt. Mit dem heute beschlossenen, zusätzlichen Paket handeln wir beherzt und in eigener Zuständigkeit, um weitere bürokratische Lasten abzubauen. Durch die vielen Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie wollen wir es unseren Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land leichter machen. Es ist das umfangreichste Paket zum Abbau von Bürokratie seit vielen Jahren. Schnelle Planungen und Genehmigungen sind eine Grundvoraussetzung für gute Standortbedingungen und damit für Investitionen. Dieses Paket leistet dazu einen erheblichen Beitrag.“

Stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Wir setzen alles daran, schneller zu werden und die Wirtschaft weiter von bürokratischen Lasten zu befreien. Wie das gelingen kann, zeigt Nordrhein-Westfalen bereits jetzt beim erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien: Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter bei den Genehmigungen von Windenergieanlagen,



auch weil wir die Genehmigungsdauer 2024 gegenüber den Vorjahren bereits nahezu halbieren konnten. Dies nehmen wir uns zum Vorbild für weitere Entlastungs- und Beschleunigungsmaßnahmen. Das heute verabschiedete Paket sieht die Einführung von Praxischecks und eine Vielzahl von gesetzlichen Maßnahmen zur Erleichterung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren vor, die wir ganz dringend brauchen. Zudem weiten wir digitale Angebote der Landesregierung aus und schaffen Berichtspflichten für die Wirtschaft ab. Wir setzen hiermit einen wichtigen Impuls für unseren Wirtschaftsstandort und werden einfacher, schneller, und insgesamt unbürokratischer.“

Mit dem heute beschlossenen Paket werden ressortübergreifend Maßnahmen zur Entlastung von bürokratischen Regeln und zur Beschleunigung von Genehmigungen und Planungen auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen erfordern keine zusätzlichen öffentlichen Mittel, sondern tragen im Gegenteil dazu bei, Kosten einzusparen. Hierzu werden Potenziale in allen Bereichen der Zuständigkeit der Landesregierung gehoben, etwa bei der Beschleunigung von Vergabeverfahren, dem Ausbau digitaler Formate und Plattformen oder durch eine Initiative zur Verbesserung von Genehmigungsverfahren für eine klimaneutrale Industrie. Zudem hat das Landeskabinett beschlossen, weitere Maßnahmen zu prüfen und in einem nächsten Schritt zu beschließen.

Die Bestandteile des Pakets im Einzelnen:

- **Streichung von Berichtspflichten**

Mit der Überprüfung und Streichung von Berichtspflichten der Wirtschaft gegenüber Landesbehörden wird ein wesentlicher Faktor der hohen Bürokratiekosten in den Fokus genommen. Im engen Schulterschluss mit Wirtschaftsverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und Gewerkschaften wurden Berichtspflichten identifiziert, die reduziert, modifiziert oder abgeschafft werden können. Abgeschafft werden z.B. Meldungen von Unternehmen im Rahmen der Tierseuchenfrüherkennung oder aufwendige Nachweise in Bezug auf EU-Förderungen.

Zudem hat die Landesregierung einen Prozess gestartet, um auch die verwaltungsinternen Berichtspflichten auf den Prüfstand zu stellen. Hierzu wird sie sich eng mit den nachgeordneten Behörden des Landes abstimmen, da diese die Änderungen in der Praxis umzusetzen haben.

- **Wegfall von Schriftformerfordernissen**

Zukünftig gilt eine „Beweislastumkehr“: Es muss positiv begründet werden, ob die Schriftform weiterhin erforderlich ist. Ansonsten wird das Erfordernis aufgehoben.

- **Beschleunigung und Entlastung von Genehmigungsverfahren**



Die Landesregierung beschleunigt und entlastet zahlreiche Genehmigungsverfahren von unnötigen Hemmnissen. Dies betrifft eine umfassende Änderung des Straßen- und Wegegesetzes, die Bündelung der Zuständigkeiten für Anlagen der Stromübertragung und -umwandlung, die erweiterte Genehmigungsfreistellung im Bereich Elektromobilität, eine kostenlose Bereitstellung von Daten für Planverfahren, den Wegfall des Widerspruchsverfahrens bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sowie den Einsatz des Instruments der Allgemeinverfügung.

- **Schnelle Genehmigung – Vorbild Windenergie**

(Best Practice)

Nordrhein-Westfalen ist bundesweit Spitzenreiter beim Ausbau der Windenergie. Um optimale Bedingungen für die Errichtung neuer Windenergieanlagen zu schaffen, wurden Planungs- und Vollzugshilfen für Behörden erstellt bzw. verbessert, Genehmigungsverfahren standardisiert und die Verfügbarkeit ausreichender Flächen sichergestellt.

Diese Beschleunigungserfolge wird die Landesregierung von Windenergieanlagen auf weitere Vorhaben im Anwendungsbereich des Bundesimmissionsschutzgesetzes erstrecken. Weitere Übertragungsmöglichkeiten werden geprüft.

- **Praxis-Checks**

Bei der Erarbeitung neuer Rechtsetzungsvorhaben werden Praxis-Checks durchgeführt, die insbesondere die Perspektive der Bezirksregierungen als Genehmigungsbehörden und der Unternehmen als Antragsteller einbeziehen, nicht zuletzt um den Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung umzusetzen.

- **Interne Prozessoptimierungen**

Die Landesregierung setzt sich verwaltungsinterne Vorgaben zur weiteren Optimierung von Rechtsetzung, etwa bei Aufnahme konkreter Prüfpunkte einer 1:1-Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben. Ferner wird strukturiert geprüft, ob bei Verfahren Fristverkürzungen, Genehmigungsfreistellungen oder Genehmigungsfiktionen vorgenommen werden können. Gesetze und Verordnungen werden strikt auf Digitalisierungspotentiale geprüft

- **Einführung „One in – one out“**

Um das Wachstum bürokratischer Belastungen auf Landesebene zu stoppen, soll eine Bürokratiebremse nach dem Modell „One in – one out“ in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden.

- **Befristungsmanagement**



Das Befristungsmanagement, das ursprünglich mit dem Ziel des Bürokratieabbaus eingeführt wurde, hat sich als nicht zielführend und letztendlich selbst als bürokratischer Hemmschuh erwiesen. Die Landesregierung verzichtet deswegen fortan hierauf.

Stattdessen wird die Landesregierung jede Regelung im Einzelfall auf ihre Erforderlichkeit und ihren Inhalt hin auf den Prüfstand stellen.

- **Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Schwerlast- und Großraumtransporte**
- **Ausbau und Erweiterung digitaler Formate und Plattformen zur Bündelung von Genehmigungsprozessen**  
(z.B. im Bereich Stromtrassengenehmigungen)
- **Initiative zur Verbesserung von Genehmigungsverfahren für eine klimaneutrale Industrietransformation**
- **Vereinfachungen im Landesnaturschutzgesetz NRW** werden auf den Weg gebracht.
- **Umsetzung BImSchG-Novelle: Spielräume im Vollzug nutzen**  
Hierzu wurden Vollzugshilfen zur rechtssicheren Umsetzung der BImSchG-Novelle erarbeitet.

### **Beschleunigung von Vergabeverfahren**